Antragsteller (Vorname, Name bzw. Unternehmensbezeichnung)	Betriebsnummer	
	09	

Erklärung zur Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit bei Baumaßnahmen

4	Dan Maalarrata	der baurechtlichen	^ la !	- /\/£-	- f : - : 1 -		I I
1	LIGE NIZENWAIS	der nallrechtlichen	(-ananmidiina	e-/vortanton	etroindit d	ATTOIGT O	uircn:
	Dei Hacilweis	dei baufechlichen	Ocheninadin	37 V &	JII GII IGIL G	71 IOIGE G	141 GII.

Erklärung des Planers (bitte beifügen; weiter mit Nr. 3)

Selbsterklärung des Antragstellers (weiter mit Nr. 2)

Sonstiger Nachweis (bitte Nachweis beifügen; weiter mit Nr. 3):

2. Selbsterklärung des Antragstellers zur Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit

2.1. Beschreibung der geplanten Baumaßnahme und Begründung der Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit:

2.2. Die geplante Baumaßnahme hat folgende Auswirkungen:

Es erfolgt eine Änderung der Nutzungsart des Gebäudes (u. a. Tierart, -zahl) ja nein

Es erfolgt ein Eingriff in die Statik ja nein

Es erfolgt eine Veränderung der Außenansicht ja nein

Sonstige genehmigungsrelevante Auswirkungen

(z. B. Immissionsschutz, Gewässerschutz), bitte hier ausführen: ja nein

2.3. Plausibilisierung durch das zuständige AELF/Bauberater

entsprechend abgeleitet und nachvollzogen werden

Es erfolgte eine Rücksprache mit der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde

ja nein

Die Angaben des Antragstellers können aus den vorgelegten Unterlagen

ja nein

Abschließende Feststellung

Die Erklärung des Antragstellers zur Verfahrens- bzw. Genehmigungsfreiheit der

Baumaßnahme ist plausibel

ja nein

Ort, Datum

Unterschrift AELF

StMELF - P3/105-03.20;

3. Erklärungen des Antragstellers und Planers (bei Erklärung des Planers)

Aufgrund meiner Angaben zu der geplanten Maßnahme erkläre ich, dass das oben beschriebene Bauvorhaben genehmigungs- bzw. verfahrensfrei ist.

Soweit der Nachweis der Genehmigungs-/Verfahrensfreiheit durch eine Selbsterklärung des Antragstellers erfolgte:

Mir ist bewusst, dass die von mir gemachten Angaben durch das AELF ausschließlich auf ihre Plausibilität geprüft werden und ich vollumfänglich für meine Angaben verantwortlich bin.

Eine Bestätigung der Plausibilität erfolgt ausschließlich auf Basis der im Formblatt gemachten Angaben und stellt weder eine baurechtliche Genehmigung noch einen etwaigen Anspruch dar.

Stellt die zuständige Kreisverwaltungsbehörde im Zeitraum von Bewilligung bis zum Ende der Zweckbindungsfrist fest, dass für das beschriebene Vorhaben eine Genehmigungspflicht bestand bzw. aufgrund der Bauausführung besteht, führt dies grundsätzlich zur **Aufhebung des Bewilligungsbescheids und zur Rückforderung**, der für dieses Vorhaben bereits ausbezahlten Förderung.

Mir ist bewusst, dass vorsätzliche Falschangaben zum sofortigen Förderausschluss führen und weitere rechtliche Folgen haben kann (Prüfung auf Subventionsbetrug).

Ort, Datum	Unterschrift Planer (falls Erklärung)
0.00	
Ort, Datum	Unterschrift Antragsteller/der Antragstellerin
	bei Personengesellschaften/juristischen Personen die mit der Geschäftsführung
	beauftragte Person